

Integrationsleitbild

der Marktgemeinde Guntramsdorf

mit Maßnahmenplan

Guntramsdorf, Jänner 2004

Erstellt im Rahmen der EU-Equal-Entwicklungspartnerschaft „Verschiedene Herkunft – gemeinsame Zukunft“ (finanziert durch BMWA und EU) unter Koordination der NÖ Landesakademie.

Projektleitung:
Interkulturelles Zentrum, Wien
DSA Maria Zwicklhuber
Dr. Azem Olcay
Hüseyin Uz

Wissenschaftliche Begleitung:
Institut für Konfliktforschung, Wien
Mag. Karin Bischof

Inhalt Integrationsleitbild

I. <u>VORWORT</u>	3
II. <u>EINLEITUNG</u>	4
III. <u>LEITBILD MIT MAßNAHMENPLAN</u>	6
1. <u>Guntramsdorf will Verständnis für Integration fördern</u>	6
2. <u>Guntramsdorf setzt Integrationsmaßnahmen um</u>	7
2.1. <u>Bereich Politik und Verwaltung</u>	7
2.2. <u>Bereich Öffentlichkeitsarbeit</u>	8
2.3. <u>Bereich Bildung</u>	8
2.4. <u>Bereich Jugend</u>	9
2.5. <u>Bereich Kultur, Begegnung, Kommunikation</u>	10
2.6. <u>Bereich Arbeitswelt</u>	11
2.7. <u>Bereich Gesundheit</u>	11
IV. <u>UMSETZUNG UND BEGLEITUNG</u>	13
<u>ANHANG - EMPIRISCHER TEIL</u>	14

I. Vorwort

Liebe Guntramsdorferinnen!
Liebe Guntramsdorfer!

Wussten Sie, dass Menschen aus über 40 Nationen in unserer Heimatgemeinde Guntramsdorf wohnen, leben und arbeiten?

Schon in der Vergangenheit haben wir uns deshalb intensiv mit dieser Vielfalt auseinandergesetzt, am Projekt „all different – all equal“ teilgenommen und sogar einen Toleranzpreis gewonnen.

Gelebte Integration ist ein ständiger Prozess, deshalb hat sich die Marktgemeinde Guntramsdorf auf Anregung von Frau Kindergarteninspektorin Waltraud Matz im Jahr 2002 per Gemeinderatsbeschluss entschieden, an einem großen Integrationsprojekt im Rahmen einer „EU - **Equal** Entwicklungspartnerschaft“ teilzunehmen.

Unter dem Titel „**Verschiedene Herkunft – gemeinsame Zukunft**“ arbeiten seit dem viele interessierte Menschen aus unserem Ort an der Erstellung eines Integrationsleitbildes.

In zahlreichen Treffen haben sich zugewanderte und hier geborene Guntramsdorferinnen und Guntramsdorfer besser kennen gelernt, mehr Verständnis füreinander entwickelt und gemeinsame Ziele erarbeitet.

Das Ergebnis halten Sie nun in Ihren Händen.

Ein besonderes Dankeschön an all jene, die sich für dieses Projekt engagieren und viel Zeit investieren. Herzlichen Dank auch für die gute Zusammenarbeit mit dem Interkulturellen Zentrum Wien und dem Institut für Konfliktforschung Wien.

Ich bitte Sie, dieses Leitbild in unserem Ort Wirklichkeit werden zu lassen.

Ihre
Gabriele Heinisch-Hosek

II. Einleitung

In der Gemeinderatssitzung vom 20.3.2002 und unter politischer Verantwortung von Fr. Gabi Heinisch-Hosek (Abg. z. NR. und geschäftsführende Gemeinderätin) hat die Marktgemeinde Guntramsdorf entschieden, im Rahmen der EU-Equal-Entwicklungspartnerschaft „Verschiedene Herkunft – gemeinsame Zukunft“ (unter Koordination der NÖ-Landesakademie) an der Verwirklichung eines umfassenden kommunalen Integrationskonzeptes mitzuarbeiten.

Das Projekt umfasste vier inhaltliche Schwerpunkte:

- Modul 1: Anstellung einer Interkulturellen Mitarbeiterin im Kindergarten
- Modul 2: Sensibilisierungs- und Weiterbildungsmaßnahmen für diverse Zielgruppen in der Gemeinde
- Modul 3: Entwicklung und Umsetzung eines Gemeindeleitbildes „Integration/Interkulturelles Zusammenleben“
- Modul 4: Wissenschaftliche Begleitforschung

Ziele dieses Gesamtprojektes waren:

- interkulturelles Zusammenleben in der Gemeinde zu fördern;
- Integrationspolitik als Gleichstellungspolitik zu etablieren;
- Einheimische und Zugewanderte gleichermaßen mit einzubeziehen und Möglichkeiten für eine aktive Beteiligung zu schaffen;
- eine Teilhabe am kommunalen Leben und an kommunalen Entscheidungsprozessen auch für die zugewanderte ausländische Bevölkerung zu ermöglichen.

Leitbild

An dem einjährigen Diskussionsprozess waren viele GuntramsdorferInnen (ca. 50 Personen) aus unterschiedlichsten gesellschaftlichen Bereichen beteiligt – VertreterInnen politischer Parteien, Verantwortliche der Gemeindeverwaltung, sozialer Einrichtungen und Vereinen, NGOs sowie Interessierte der in- und ausländischen Bevölkerung.

Sie brachten ein breites Spektrum an Ideen, Interessen und Erfahrungen ein. In thematischen Arbeitsgruppen unter Einbeziehung von ExpertInnen wurden Problemfelder genauer analysiert und Vorschläge für Maßnahmen diskutiert.

Das vorliegende Leitbild ist das Ergebnis dieses Diskussionsprozesses und bildet die Leitlinie für einen Umsetzungsprozess in den nächsten Jahren.

Das Leitbild baut auf vorhandenen Integrationsleistungen auf

Das vorliegende Leitbild baut auf bereits geleistete Vorarbeit im Integrationsbereich auf: etwa der Zugang zu Gemeindewohnungen auch für Nicht-ÖsterreicherInnen,

interkulturelle Arbeit in den Kindergärten oder die Arbeiten im Rahmen des Projektes „all different - all equal“.

Wissenschaftliche Begleitforschung

Das Institut für Konfliktforschung (IKF/Wien) hat die Leitbildentwicklung mittels teilnehmender Beobachtung wissenschaftlich begleitet und wird dies auch in der Umsetzungsphase tun.

Weiters wurde vom IKF eine Erhebung von Strukturdaten durchgeführt, um ein möglichst genaues Bild über den Status quo zu ermitteln. Darüber hinaus wurde durch das IFES-Institut auch eine Personenbefragung (Einheimische und Zugewanderte) durchgeführt. Eine Evaluierung der gesetzten Maßnahmen und deren Umsetzung in den verschiedenen Bereichen am Ende des Projektes wird ebenfalls durchgeführt.

Externe Begleitung der Leitbildentwicklung

Die Leitbildentwicklung wurde extern durch das Interkulturelle Zentrum (IZ, Wien) begleitet und moderiert.

Dabei wurde in der Ausarbeitung des Leitbildes in Zusammenarbeit mit allen daran Beteiligten versucht, Balance zwischen visionärer Orientierung und politischer bzw. finanzieller Realisierbarkeit zu halten.

Im Rahmen der Laufzeit des Equal-Projektes in der Verwirklichung des Leitbildes (bis Mitte 2005) wird das Interkulturelle Zentrum auch die Umsetzung des Leitbildes begleiten und unterstützen.

Erklärung zur Begrifflichkeit

In den folgenden Ausführungen ist immer wieder von zwei unterschiedlichen Kategorien die Rede, einerseits von In- und AusländerInnen, was auf den rechtlichen Status der Personen verweist, andererseits von Einheimischen und Zugewanderten. Letztere sind Personen mit Migrationshintergrund – unabhängig davon, ob sie bereits österreichische Staatsangehörige sind oder nicht.

III. Leitbild mit Maßnahmenplan

1. Guntramsdorf will Verständnis für Integration fördern

- Wir wollen Integration als gesamtgesellschaftliches Anliegen wahrnehmen und fördern. Der Nutzen gelungener Integration soll sowohl für die Einheimischen als auch für die Zugewanderten spürbar werden.
- Wir wollen Integration in allen Überlegungen und Bereichen der Gemeindepolitik (Jugend, Soziales, Bildung, Verwaltung, etc.) mit einbeziehen und verwirklichen.
- Wir wollen vorhandene Fähigkeiten von Menschen (Sprachen, Ausbildungen, Wissen...) anerkennen, fördern und nützen, Respekt gegenüber verschiedenen Lebensweisen entwickeln und unterschiedliche Herkunft/Kultur/Religion als Bereicherung für das Gemeinwohl sehen.
- Wir wollen Möglichkeiten schaffen und ausbauen, um Teilnahme am kommunalen Leben für alle zu ermöglichen und Verantwortung zu übernehmen.
- Wir wollen Kontakt und Kommunikation unter den Menschen stärken und damit Vorurteile abbauen.
- Wir wollen Integration als wechselseitigen Prozess erfahrbar machen. Jeder und jede von uns – Einheimische und Zugewanderte – ist dafür verantwortlich.
- MigrantInnen verstehen sich als Teil dieser Gesellschaft und wollen auch so behandelt werden.

2. Guntramsdorf setzt Integrationsmaßnahmen um

2.1. Bereich Politik und Verwaltung

Ziel ist die nachhaltige Umsetzung des Leitbildes in allen Bereichen der Gemeindepolitik (Jugend, Soziales, Bildung, Wohnen, Verwaltung, etc.). Gleichstellungs- und Antidiskriminierungspolitik soll im Gemeindeamt und in den angeschlossenen Einrichtungen etabliert werden.

Eine regelmäßige Kommunikation mit VertreterInnen der MigrantInnen und engagierten Personen in der Integrationsarbeit ist notwendig.

Maßnahmen dazu sind:

- Erstellung eines Budgetansatzes (Sachkosten) für „Integration“ (integrative Projekte) bereits ab 2004.
- Beauftragung eines Mitgliedes des Gemeinderates mit der Thematik „Integration“.
- Jährlicher Bericht der/des politischen Verantwortlichen für Integration in Bezug auf die Umsetzung des Leitbildes.
- Umsetzung des Integrationsleitbildes (auf Basis klarer Vereinbarungen) im Rahmen der personellen Möglichkeiten der Gemeinde Guntramsdorf.
- Schaffung einer Beratung für Integrationsfragen (bis Ende Aug. 2004 steht eine aus Mitteln des Equal-Projektes finanzierte Interkulturelle Mitarbeiterin im Ausmaß von 10 Wochenstunden zur Verfügung. Über die Finanzierung ab Sept. 2004 sind Verhandlungen mit der NÖ-Landesakademie zu führen).
- Interkulturelle Weiterbildungs- und Sensibilisierungsmaßnahmen für MitarbeiterInnen der Gemeinde.
- Einsetzung eines MigrantInnenkomitees.
- Schaffung einer Plattform „Integration“ (Einheimische und MigrantInnenkomitee).
- Einbeziehung von MigrantInnen bei Bürgerbeteiligungsprojekten.
- Förderung von Partizipationsmöglichkeiten für MigrantInnen in der Gemeindepolitik.
- Erstellung und Verteilung einer „Willkommensmappe“ für neu Zugewanderte in den wichtigsten Sprachen der MigrantInnen.
- Erstellung eines muttersprachlichen Infoblattes über Beihilfen und Förderungen (Wohnen, etc.).

2.2. Bereich Öffentlichkeitsarbeit

Wichtig für die Umsetzung des Leitbildes ist eine sachliche und bewusstseinsfördernde Öffentlichkeitsarbeit, damit Ängste und Vorurteile abgebaut werden können. Objektive Informationen in Bezug auf Fragen der Migration und Integration sowie positive und gelungene Beispiele interkulturellen Zusammenlebens sollen in der Gemeindezeitung und anderen regionalen Medien regelmäßig dargestellt werden.

Maßnahmen dazu sind:

- Mehrsprachige Veröffentlichung des Leitbildes auf der Homepage der Gemeinde Guntramsdorf.
- Regelmäßige Information zum Thema „Interkulturelles Zusammenleben in der Gemeinde“ (Gemeindezeitung, diverse Vereine, Versammlungsorte, Veranstaltungen etc.).
- Installierung eines Öffentlichkeitsarbeitsteams für das Thema „Integration“.

2.3. Bereich Bildung

Ein wesentliches Ziel der Kindergartenerziehung und der Schulbildung ist es, eine optimale Sprachentwicklung bei allen Kindern zu ermöglichen, da die Sprachkompetenz Selbstbewusstsein und Chancengleichheit für einen späteren Bildungs- und Berufsaufstieg fördert.

Es ist von grundlegender Wichtigkeit ein offenes Klima der Mehrsprachigkeit herzustellen und interkulturelles Lernen in Kindergarten, Schule und Hort zu fördern.

Auch bei den Erwachsenen kommt der Förderung der Sprache große Bedeutung zu. Mit der Sprachfertigkeit ist die gesellschaftliche Integration und der berufliche Aufstieg unmittelbar verbunden.

Maßnahmen dazu sind:

Kindergarten, Schule und Hort

- Dauerhafter Einsatz einer Interkulturellen MitarbeiterIn in den Kindergärten von Guntramsdorf. Bis Ende Aug. 2004 steht eine aus Mitteln des Equal-Projektes finanzierte Interkulturelle Mitarbeiterin im Ausmaß von 30 Wochenstunden zur Verfügung. Über die Finanzierung ab Sept. 2004 sind Verhandlungen mit der NÖ-Landesakademie zu führen.
- Stärkung und Fortführung der integrativen Arbeit in Krabbelstuben, Kindergarten, Schule und Hort.

- Etablierung eines integrativen Unterrichtsmodells.
- Sensibilisierung der LehrerInnen und Eltern für die Wichtigkeit des Mutterspracheunterrichtes.
- Aufforderung an den Landesschulrat für qualitative Verbesserung des Mutterspracheunterrichtes und an die muslimische Glaubensgemeinschaft für deren Religionsunterricht zu sorgen.
- Gezielte interkulturelle Elternarbeit in Kindergarten, Schule und Hort; Entwicklung von Angeboten, um Kontakt und Kommunikation mit allen Eltern zu fördern.
- Verstärkte Zusammenarbeit zwischen den diversen Lehrpersonen (MuttersprachelehrerInnen, verschiedene ReligionslehrerInnen, KlassenlehrerInnen, FörderlehrerInnen - Einladung aller zu den Schulkonferenzen).
- Jährliches Vernetzungstreffen aller PädagogInnen in Guntramsdorf (Kindergarten, Schule, Hort, FreizeitpädagogInnen).
- Verstärkter Deutsch-Förderunterricht.
- Formen von außerschulischer Lernhilfe und Hausübungsbetreuung suchen und fördern.
- Anwesenheit von „DolmetscherInnen“ bei Elternsprechtagen und allgemeinen Informationsveranstaltungen in den Schulen.
- Ausstattung der Schulbibliotheken und der Gemeindebücherei mit fremdsprachigen Büchern unter Berücksichtigung der MigrantInnensprachen.
- Gleichmäßige Verteilung von einheimischen Kindern und Kinder von MigrantInnen in den Kindergärten und Schulklassen von Guntramsdorf.

Erwachsenenbildung:

- Deutschkurse für MigrantInnen
- Jährliche Weiterbildungsangebote zum Thema „Migration, Integration, Interkulturalität“ für Interessierte.

2.4. Bereich Jugend

Ziel ist es, den Kontakt zwischen einheimischen und zugewanderten Jugendlichen bzw. Jugendlichen der 2. Generation zu fördern, um damit Interesse aneinander zu wecken und Vorurteile bzw. Feindbilder abzubauen.

Jugendliche verschiedener Herkunft sollen sich kennen lernen, miteinander Spaß und Freude erleben und zusammen etwas unternehmen.

Maßnahmen dazu sind:

- Erstellung einer mehrsprachigen Broschüre „Jung sein in Guntramsdorf“, um das jugendspezifische Angebot (aller Vereine, Verbände, Organisationen, Clubs, freien Angebote, etc.) in Guntramsdorf allen Jugendlichen bekannter zu machen.
- Organisation und Durchführung integrativer Aktionen bei diversen Festen und Veranstaltungen.
- Durchführung eines Integrations-Tages in Kooperation zwischen Jugendtreff, Schulen, diversen Jugendgruppen (einmal jährlich).
- Einbindung von VertreterInnen der 2. Generation in das Team des Jugendtreffs.
- Gestaltung von gemeinsamen Sporttagen (z.B. Fußballturnier mit ethnisch gemischten Mannschaften).
- Förderung eines leichteren freien Zuganges zu Vereinssportanlagen und Schaffung weiterer frei zugänglicher Sportanlagen.
- Schaffung spezieller Angebote für Mädchen.

2.5. Bereich Kultur, Begegnung, Kommunikation

Ziel ist es, Begegnung und Dialog untereinander zu fördern, um damit gegenseitiges Verständnis für unterschiedliche Lebensweisen, Weltbilder, Einstellungen und Religionen zu ermöglichen.

Neben dem Miteinander soll es auch Freiraum für ein respektvolles Nebeneinander geben.

Maßnahmen dazu sind:

- Jährliches Integrationsfest
- Regelmäßige Durchführung von interkulturellen Dialogveranstaltungen (Filme, Gespräche, Lesungen, Musikveranstaltungen, etc.)
- Bereitstellung einer gemeinsamen Begegnungsstätte (z.B. Musikheim)
- Einladung von VertreterInnen der MigrantInnen zu öffentlichen Anlässen und Veranstaltungen.

2.6. Bereich Arbeitswelt

Ziel ist der gleichberechtigte und erleichterte Zugang zur Arbeitswelt - besonders für die Jugend. Dies erfordert Abbau von Barrieren, verstärkte Informationen und Schaffung von Kommunikationsnetzwerken – auf regionaler Ebene und insbesondere in der Gemeinde Guntramsdorf.

Die Gemeinde als öffentlicher Arbeitgeber soll Vorreiter und Vorbild bei der Beschäftigung von MigrantInnen, auch in qualifizierten Aufgabenfeldern sein.

Maßnahmen dazu sind:

- Kontaktaufnahme mit Betrieben, dass sie Deutschkurse für die MitarbeiterInnen anbieten.
- Jährliche Veranstaltung der Hauptschule und regionaler Betriebe zum Thema „Ausbildungsmöglichkeit“ unter Einbindung der Eltern.
- Vorschlag zur Entwicklung eines MentorInnensystems für Jugendliche Betreuung und Coaching).
- Auszeichnung von vorbildlichen interkulturellen Betrieben durch die Gemeinde.
- Zusammenarbeit mit Betrieben in Richtung:
 - Einführung eines „ethnic monitoring“ für gezielte Antidiskriminierungsmaßnahmen in den Betrieben.
 - Anregung von Karriereförderung – auch für MigrantInnen.
- Förderung der Beschäftigung von Personen mit Migrationshintergrund im öffentlichen Dienst (mit „ethnic monitoring“).
- Organisierung von „Willkommenstreffen“ für neu Zugezogene im Musikheim (2-3 Mal jährlich).
- Vorübergehende Beschäftigung von AsylwerberInnen in der Gemeinde (soweit es die gesetzlichen Rahmenbedingungen zulassen und die Förderung gewährleistet ist).

2.7. Bereich Gesundheit

Ziel ist die Gewährleistung qualitativ hochwertiger Dienstleistungen und Informationen im Gesundheitsbereich für alle Bevölkerungsgruppen. Weiters soll der gleichberechtigte Zugang zu den Angeboten im Gesundheits- und Sozialsektor sichergestellt bzw. fortgeführt und ausgebaut werden.

Maßnahmen dazu sind:

- Organisation fallweiser „muttersprachlicher“ Gesundheitsberatung in Zusammenarbeit mit dem MigrantInnenkomitee und den GemeindeärztInnen.
- Erstellung und Weitergabe von muttersprachlichen Informationen über Hauskrankenpflege und ev. andere wichtige Themen.

IV. Umsetzung und Begleitung

Für die Umsetzung des Leitbildes wird im Rahmen der Dauer des Equal-Projektes ein Begleitausschuss („Integrationsplattform“) eingerichtet.

Aufgaben des Begleitausschusses sind:

- Festlegung von Prioritäten in der Umsetzung von Maßnahmen für die nächsten 2 Jahre und darüber hinaus.
- Planung und Ausarbeitung von konkreten Umsetzungsschritten.
- Kontinuierlicher Erfahrungsaustausch und Evaluierung der umgesetzten Maßnahmen.

Wie sich schon in der Erarbeitung des Leitbildes gezeigt hat, ist die Guntramsdorfer Bevölkerung (Einheimische wie Zugewanderte) zu ehrenamtlichem Engagement bereit. Dieses zivilgesellschaftliche Engagement braucht Wertschätzung seitens der Politik. Andererseits muss ehrenamtliche Arbeit durch das Gemeindeamt, die diversen Einrichtungen und Vereine unterstützt und ergänzt werden.

Anhang - Empirischer Teil

1. Instrumente und Methode der Erhebung in Guntramsdorf

Ziel der Erhebung war es, ein möglichst genaues Bild des Status quo in der Gemeinde zu ermitteln, um damit eventuell bestehende Benachteiligungen und/oder bereits bestehende gleichberechtigte Teilhabe von Einheimischen und Zugewanderten sichtbar zu machen*. Die Ergebnisse der Erhebung sollten nicht nur der Dokumentation des Ist-Zustandes, sondern in erster Linie als Grundlage für die Ausarbeitung der verschiedenen Maßnahmen zur Förderung der Integration dienen. Zwischen Jänner und Juli 2003 wurden daher in der Gemeinde Guntramsdorf Daten über die (nationale) Zusammensetzung der Wohnbevölkerung sowie für die Bereiche Arbeit, Wohnen, (Aus)Bildung, Gesundheit, kulturelle Aktivitäten und rechtliche Situation erhoben. Die Basis dafür bildeten so genannte Integrationsindikatoren, die vom Institut für Konfliktforschung (IKF) bereits in vorangegangenen Studien entwickelt wurden. Diese umfassen vier Dimensionen: die sozioökonomische, die kulturelle, die politische/partizipative und die rechtliche Dimension.

Der Einsatz unterschiedlicher, einander ergänzender Erhebungsinstrumente erlaubt eine tiefgehende Analyse des Ist-Zustandes: Einerseits wurden strukturelle Daten erhoben, die zum Großteil von der Gemeinde Guntramsdorf zur Verfügung gestellt bzw. durch Heranziehung von Sonderauswertungen der Statistik Austria und des AMS ermittelt wurden – hier lag der Schwerpunkt eher auf sozioökonomischen Faktoren. Andererseits erlaubt eine umfangreiche repräsentative Befragung des Instituts für empirische Sozialforschung (IFES) sowohl unter der zugewanderten als auch unter der einheimischen Bevölkerung zusätzlich einen sehr guten Einblick in die subjektiven Sichtweisen der unterschiedlichen Bevölkerungsgruppen**. Im Zuge dieser Befragung konnten also besonders Einschätzungen und Wahrnehmung von bisherigen Integrationsbemühungen, Problemen und Benachteiligungen bzw. auch Erwartungen und Wünschen der Bevölkerung erhoben werden.

Weiters wurden fünf Interviews mit einheimischen und zugewanderten Personen aus Schlüsselbereichen des Gemeindelebens durchgeführt, um das Bild von der Gemeinde punktuell zu vertiefen.

2. Ergebnisse der Erhebung nach Indikatoren

2.1. Demografische Struktur

Sowohl die Guntramsdorfer Wohnbevölkerung insgesamt, als auch der Anteil der AusländerInnen an derselben sind im Steigen begriffen. Betrug der Prozentanteil der ausländischen Staatsangehörigen in Guntramsdorf im Jahr 1997 noch 10,6 Prozent, so lag er im Jahr 2002 bei 11,6 Prozent***. Das ist deutlich mehr als im Niederösterreich-Schnitt von 6,1 Prozent bzw. auch im Österreich-Schnitt von 8,9 Prozent. In absoluten Zahlen bedeutet das, dass im Jahr 2002 von insgesamt 8.461 GemeindebürgerInnen mit Hauptwohnsitz in Guntramsdorf 982 Personen

ausländische Staatsangehörige aus 42 Nationen waren. In Gruppen unterteilt ergibt dies folgendes Bild: 1,7 Prozent der Bevölkerung hatten im Jahr 2002 die Staatsbürgerschaft eines anderen EU-Staates, 9,9 Prozent waren so genannte Drittstaatenangehörige. Von diesen bildeten wiederum Staatsangehörige des ehemaligen Jugoslawien die größte Gruppe: 46,8 Prozent der Nicht-EU-AusländerInnen kamen 2002 aus einem Nachfolgestaat des ehemaligen Jugoslawien, gefolgt von der den türkischen Staatsangehörigen mit 30,7 Prozentanteil. Mit 5,9 Prozent stellt schließlich die polnische Bevölkerung die drittgrößte Gruppe. Der weibliche Anteil der ausländischen Bevölkerung wächst – im Einklang mit allgemeinen Trends – in Guntramsdorf ebenfalls an und betrug im Jahr 2002 im Schnitt – mit beträchtlichen Abweichungen nach Herkunftsländern – 46,9 Prozent.

Die genannten Anteile beziehen sich ausschließlich auf ausländische Staatsangehörige und nicht auf MigrantInnen allgemein. Sicher ist aber, dass die Anzahl der Personen mit Migrationshintergrund, dazu gehören auch Zugewanderte erster oder zweiter bzw. möglicherweise dritter Generation, die schon die österreichische Staatsbürgerschaft angenommen haben, beträchtlich höher ist als diejenige der ausländischen Staatsangehörigen. Aufgrund der Datenlage sind aber verlässliche Aussagen über die Zahl der Eingebürgerten nicht möglich und es können nur Schätzungen herangezogen werden. Für Österreich wird der Anteil der Eingebürgerten mit 6,5 bis 7,5 Prozent beziffert – umgelegt auf Guntramsdorf würden demnach zwischen 550 und 635 bereits eingebürgerte MigrantInnen hier leben. Das ergäbe für die Guntramsdorfer Wohnbevölkerung einen Anteil von Personen mit Migrationshintergrund von insgesamt zirka 18 Prozent. Jedoch lagen die Einbürgerungsraten der letzten 20 Jahre in Niederösterreich unter dem Österreich-Schnitt und in Guntramsdorf ist außerdem die Anzahl der Staatsbürgerschaftsverleihungen zwischen 1997 und 2002 deutlich gesunken: Wurden im Jahr 1997 25 ausländische Staatsangehörige eingebürgert, so waren es im Jahr 2002 nur mehr 17. Daraus lässt sich unter anderem schließen, dass der Anteil der Eingebürgerten in Guntramsdorf eher unter dem Österreich-Schnitt liegen dürfte.

2.2. Sozioökonomische Indikatoren

2.2.1. *Bildung (Kindergarten und Schule)*

Insgesamt 14,5 Prozent der in den Guntramsdorfer Kindergärten eingeschriebenen Kinder waren im Jahr 2001 ausländische Staatsangehörige, die meisten von ihnen aus dem ehemaligen Jugoslawien und der Türkei. Das bedeutet, dass ausländische Eltern in hohem Ausmaß das Angebot an Kindergärten in Guntramsdorf annahmen, wenn auch der Anteil der ausländischen Kinder im Kindergarten unter jenem in der Volks- und Hauptschule lag. Vielen Kindern wurde so ein früher erster Kontakt mit der Aufnahmegesellschaft bzw. den einheimischen Kindern ermöglicht, was generell integrationsfördernd wirkt. Abgeschwächt wurde dieser positive Effekt allerdings dadurch, dass sich die MigrantInnenkinder nicht ausgewogen auf alle Kindergärten aufteilten, sondern sich an einzelnen Standorten – v. a. in den Kindergärten Rohrgasse und Pfarrgasse – konzentrierten. Interkulturelle MitarbeiterInnen waren im Jahr 2002 und davor nur in sehr eingeschränktem Ausmaß tätig.

In den Volks- und Hauptschulen lag im Schuljahr 2001/2002 der Anteil ausländischer SchülerInnen bei rund 18 Prozent. In der Sonderschule bzw. beim Programm für

speziellen Förderbedarf, das die Sonderschule in Guntramsdorf ersetzt und im Rahmen des Regelunterrichts integriert ist, lässt sich jedenfalls kein erhöhter Anteil ausländischer Kinder feststellen, wie das in Niederösterreich vielerorts der Fall ist. Defizite wurden hinsichtlich des muttersprachlichen Unterrichts sichtbar, der in den letzten Jahren nur in einer Volksschule in Türkisch angeboten wurde. Der Bedarf an muttersprachlichem Unterricht ist, vor allem was Türkisch betrifft, groß. Viele Kinder verfügen in ihrer Muttersprache nur über eine unzureichende Sprachkompetenz und damit auch eine schlechte Ausgangsposition beim Erwerb der Mehrheitssprache Deutsch. Unzureichende Deutschkenntnisse haben wiederum häufig allgemeine Lernschwächen zur Folge. Insgesamt fehlen Angebote, die den Bedingungen der Mehrsprachigkeit der Kinder und Jugendlichen in den Schulen Rechnung tragen.

2.2.2. Arbeitsmarkt:

Öffentlicher Dienst:

Wenngleich der Anteil der Personen mit Migrationshintergrund im Gemeindedienst um einiges unter deren Anteil an der Bevölkerung liegt, so werden hier für die letzten Jahre doch deutlich die Bemühungen der Gemeinde sichtbar: Lag der Anteil der im Gemeindedienst beschäftigten Zugewanderten (ausgenommen SaisonarbeiterInnen) im Jahr 1997 bei nur 1,4 Prozent, so ist er bis zum Jahr 2002 auf 5,6 Prozent gestiegen, was einem Anwachsen von über vier Prozentpunkten entspricht. Um allerdings den Anteil von Zugewanderten in der Bevölkerung wider zu spiegeln (geschätzte 15 – 17 Prozent), müsste die Anzahl der Zugewanderten im Gemeindedienst noch um einiges erhöht werden. Zudem war im Jahr 2002 keine/r der Beschäftigten in der Allgemeinen Verwaltung im Rathaus tätig, sondern ausschließlich in den Bereichen Kläranlage/Abwasser, Bauhof und Schulen/Sporteinrichtungen (als Schulwart usw.). Daraus folgt der Schluss, dass MigrantInnen gerade im Bereich qualifizierter Tätigkeiten nicht oder kaum beschäftigt sind. Gerade die Präsenz in der Allgemeinen Verwaltung steht aber symbolisch für die gesellschaftliche Integration von Minderheiten und wäre daher von besonderer Bedeutung.

Es ist anzunehmen, dass für das weitgehende Fehlen von MigrantInnen diesem Bereich ein Zusammenwirken unterschiedlicher Faktoren verantwortlich ist: Von (oft unsichtbaren) strukturellen Barrieren und Hemmnissen bis zu – im Vergleich mit Einheimischen – durchschnittlich schlechterer Qualifikation von MigrantInnen.

Arbeitsmarkt allgemein:

Mehr als zwei Drittel der GuntramsdorferInnen mit ausländischer Staatsbürgerschaft waren im Jahr 2002 in Wirtschaftszweigen mit geringerer Bezahlung und/oder geringerer Arbeitsplatzsicherheit beschäftigt: das sind vorwiegend die Branchen Fremdenverkehr, Bauwesen, Großhandel, Einzelhandel, Sonstige (in diese Kategorie dürfte vor allem Abfallbeseitigung und sonstige Entsorgung fallen) sowie Landwirtschaft und unternehmensbezogene Dienstleistungen (Reinigungsgewerbe). Frauen sind besonders häufig im Reinigungsdienst und im Gast- und Hotelgewerbe tätig: Während 43 Prozent der im Rahmen der IFES-Erhebung befragten zugewanderten Frauen angaben, in diesen Branchen tätig zu sein, waren es im Vergleich dazu nur 8 Prozent der einheimischen Frauen. Auch die Einkommensverhältnisse, die ebenfalls im Rahmen der IFES-Erhebung erfragt wurden, weisen auf eine signifikant schlechtere Position von Zugewanderten am Arbeitsmarkt hin: Während von der einheimischen Bevölkerung nur 18 Prozent

angaben, über ein monatliches Netto-Einkommen von weniger als 900 Euro zu verfügen, so waren es in der zugewanderten Bevölkerung doppelt so viele, nämlich 36 Prozent. Eine weitere Differenzierung der beiden Gruppen ergibt, dass in beiden Fällen Frauen deutlich weniger verdienen als Männer und TürkinInnen weniger als Ex-JugoslawInnen.

2.2.3. Wohnen

Positiv hervorzuheben ist, dass in Guntramsdorf der Zugang zu Gemeindewohnungen nicht an die österreichische Staatsbürgerschaft geknüpft ist. Der Anteil der ausländischen bzw. zugewanderten MieterInnen in den Guntramsdorfer Gemeinde- und Genossenschaftswohnungen war aber mangels von der Gemeinde zur Verfügung gestellten Daten nicht eruierbar. Generell wird am Wohnungsmarkt, darauf lassen die Ergebnisse der IFES-Erhebung schließen, eine ausgeprägte Benachteiligung von Zugewanderten sichtbar. Zugewanderte leben – trotz signifikant größerer Haushalte – in deutlich kleineren und tendenziell schlechter ausgestatteten, aber eher teureren Wohnungen. So gaben 58 Prozent der Zugewanderten (bei den TürkinInnen sind es sogar 64 Prozent) an, eine Wohnung bis 50 Quadratmetern zu bewohnen, dabei leben 52 Prozent in Haushalten mit vier oder mehr Personen. Zum Vergleich: bei den Einheimischen sind es 16 Prozent in einer Wohnung bis 50 Quadratmetern, wobei 79 Prozent in einem Haushalt mit maximal drei Personen wohnen. Gleichzeitig haben Zugewanderte offenbar einen schwierigeren Zugang zum billigsten Wohnsegment. Negative Trends betreffen auch im Wohnbereich durchgängig MigrantInnen aus der Türkei stärker als jene aus Ex-Jugoslawien.

2.2.4. Gesundheit

Gesundheits- und (psychologische) Beratungseinrichtungen, die mehrsprachigen Service bzw. Betreuung anbieten, sind in der Gemeinde Guntramsdorf praktisch nicht vorhanden. Der Bedarf danach ist jedoch – insbesondere bei türkischen MigrantInnen – sehr hoch. Im nächstgelegenen Krankenhaus Mödling sind hingegen Dolmetschdienste aufgrund des ethnisch vielfältigen Personals sehr oft möglich.

2.3. Kulturelle Faktoren und gesellschaftliche Teilhabe

Sozialkontakte auf verschiedenen Ebenen – von Begegnungen im Alltag über Vereine und Organisationen im Freizeitbereich und im kulturellen Bereich – sind Ausdruck des Zugehörigkeitsgefühls im Aufnahmeland und können auch den ersten Schritt zu gleichberechtigter gesellschaftlicher und politischer Teilhabe von Zugewanderten darstellen. Dabei ist die Akzeptanz und die Möglichkeit der Ausübung unterschiedlicher kultureller Praktiken ebenso ein Beitrag zur Integration wie interkulturelle Aktivitäten und Initiativen.

Von 43 eingetragenen Vereinen in der Gemeinde Guntramsdorf im Jahr 2003 ist keiner als MigrantInnenverein oder interkultureller Verein erkenntlich. Initiativen gab es aber in der Vergangenheit: Im Europäischen Jahr gegen Rassismus und

Fremdenfeindlichkeit 1997 hat sich eine Projektgruppe aus Guntramsdorf engagiert und dafür den Toleranzpreis erhalten.

Ein zweckgewidmetes Budget für interkulturelle/multikulturelle Initiativen oder Aktivitäten stand aber seitens der Gemeinde nicht zur Verfügung. Das gleiche gilt für das Angebot sprachlicher und interkultureller Vermittlung in Ämtern und Einrichtungen der Gemeinde. Deutschkurse für MigrantInnen wurden hingegen von der Gemeinde im Jahr 2002 gefördert.

In den politischen Gremien der Gemeinde Guntramsdorf sind weder MigrantInnen vertreten, noch gibt es institutionalisierte Formen der Mitsprache.

2.4. Rechtliche Faktoren

Der größte Teil der gesetzlichen Regelungen, die über die Gewährung von politischen, sozialen und zivilen Rechten bestimmen, obliegt dem Bund und die Gemeinde hat hier keinen Handlungsspielraum. Der Vollzug des Staatsbürgerschaftsgesetzes und damit die Regelung des Zugangs zur Staatsbürgerschaft als quasi höchste Form der rechtlichen Integration, ist hingegen Ländersache.

Freie Hand hat die Gemeinde aber bei ihren eigenen Transferleistungen. Diese sind in Guntramsdorf ausnahmslos GemeindebürgerInnen mit ausländischer Staatsbürgerschaft zugänglich und werden von diesen im Großen und Ganzen auch in einem Ausmaß in Anspruch genommen, das ihrem Anteil an der Bevölkerung entspricht.

3. Subjektive Sichtweisen und Wahrnehmungen

3.1. Lebenssituation in der Gemeinde

Die Zufriedenheit mit der Lebenssituation in Guntramsdorf ist sowohl bei der einheimischen als auch bei der zugewanderten Bevölkerung insgesamt bemerkenswert hoch: Praktisch alle Einheimischen (98 Prozent) leben gerne oder sehr gerne in Guntramsdorf, bei den Zugewanderten sind es 88 Prozent, wobei Zugewanderte aus der Türkei nicht ganz so zufrieden sind wie jene aus dem ehemaligen Jugoslawien. Bei der Beurteilung der bisher gelungenen Integration weichen die Wahrnehmungen der unterschiedlichen Gruppen schon deutlicher voneinander ab. Die Zugewanderten sind um einiges skeptischer: 40 Prozent von ihnen schätzen die bisherigen Integrationsbemühungen als eher nicht so gut oder gar nicht gelungen ein – bei den Einheimischen sind es hingegen nur 13 Prozent. Dem entsprechend bringt ein nicht geringer Anteil der MigrantInnen ein Fremdheitsgefühl zum Ausdruck: 28 Prozent der Zugewanderten aus der Türkei und 12 Prozent derjenigen aus dem ehemaligen Jugoslawien geben an, sich in Österreich fremd zu fühlen.

Dabei steht das subjektive Empfinden fremd zu sein mit mehreren Faktoren in einem Zusammenhang. Abgesehen von den naheliegendsten Faktoren der Aufenthaltsdauer und des Kontakts mit der einheimischen Bevölkerung spielen auch das Einkommen und der berufliche Status, die Verleihung der Staatsbürgerschaft und die Ansässigkeit von Familienangehörigen eine wichtige Rolle. Die Ergebnisse zeigen also, dass die Gleichstellung am Arbeitsmarkt und die rechtliche

Gleichstellung einen wesentlichen Einfluss auf die Wahrnehmung der eigenen Fremdheit bzw. Integration hat.

3.2. Erleben bzw. Einschätzung von Benachteiligungen und Problemen

Die zwei wesentlichen Bereiche, in denen die zugewanderte Bevölkerung gegenüber der einheimischen Benachteiligungen erfährt, betreffen die Wohnsituation und die Möglichkeiten am Arbeitsmarkt. Bei den Wohnmöglichkeiten fühlen sich 72 Prozent der Zugewanderten aus der Türkei und 58 Prozent derjenigen aus dem ehemaligen Jugoslawien etwas oder stark benachteiligt. Bei den Arbeitsmöglichkeiten sind es 61 bzw. 44 Prozent. Außerdem fühlen sich 37 Prozent der GemeindebürgerInnen mit türkischem Migrationshintergrund bei Ämtern und Behörden benachteiligt, bei den Ex-JugoslawInnen sind es knapp 20 Prozent.

Die Probleme, mit denen sich Zugewanderte konfrontiert sehen, konzentrieren sich größtenteils auf die gleichen Bereiche, in denen auch Benachteiligungen am meisten erlebt werden, nämlich besonders die Wohn- und Arbeitssituation. Aber auch gesetzliche Regelungen für AusländerInnen bzw. ein erschwerter Familiennachzug zählen zu den meistgenannten Problembereichen. Insbesondere bei den Zugewanderten aus der Türkei spielen auch Sprachprobleme eine wichtige Rolle. Von Ausländerfeindlichkeit fühlen sich 8 Prozent der Zugewanderten sehr, und 19 Prozent etwas betroffen – die Bevölkerung aus der Türkei in höherem Ausmaß.

Die einheimische Bevölkerung hat erwartungsgemäß in deutlich geringerem Maße den Eindruck, dass ihre MitbürgerInnen mit Migrationshintergrund ihnen gegenüber nennenswert benachteiligt sind. Gewisse Benachteiligungen vermuten die Einheimischen aber dennoch im Wohnbereich (28 Prozent), bei der Situation am Arbeitsmarkt (etwa 20 Prozent), der Bezahlung (30 Prozent) und bei der politischen Mitbestimmung (ca. 25 Prozent). So gut wie niemand sieht aber eine starke Benachteiligung der zugewanderten MitbürgerInnen.

3.3. Wünsche und Erwartungen

Die Bereiche, in denen sich die zugewanderte Bevölkerung mehr Unterstützung wünscht, entsprechen im Großen und Ganzen den am häufigsten genannten Problembereichen. An vorderster Stelle steht für beide Gruppen von Zugewanderten der Wohnbereich, insbesondere der Zugang zu Gemeinde- und Genossenschaftswohnungen – rund 70 Prozent wünschen sich hier mehr Unterstützung. Für GemeindebürgerInnen aus der Türkei stehen auch Maßnahmen im sprachlichen Bereich auf der Wunschliste ganz oben: muttersprachliche Angebote im Gesundheitsbereich, Deutschkurse und mehrsprachige Formulare bzw. Dolmetschdienste, eine muttersprachliche Beratungs- und Anlaufstelle in der Gemeinde. Den Wunsch nach einer Verbesserung der Arbeits- und Berufschancen bzw. Weiterbildungsmöglichkeiten äußern insgesamt 32 bzw. 26 Prozent aller befragten Zugewanderten. Dass das laufende EQUAL-Projekt an der Verbesserung des Zusammenlebens zwischen einheimischer und zugewanderter Bevölkerung arbeitet, trifft in der Gemeindebevölkerung auf hohe Zustimmung: 68 Prozent der

einheimischen und 87 Prozent der zugewanderten Bevölkerung halten es für eine gute Sache. So gut wie niemand ist dagegen.

4. Zusammenfassung

Die Erhebung des Ist-Zustandes, die in der Gemeinde Guntramsdorf als Grundlage für die Erarbeitung verschiedener Maßnahmen im Integrationsbereich durchgeführt wurde, hat folgendes Bild ergeben: Insbesondere bei der Beschäftigung von MigrantInnen im Gemeindedienst, beim Zugang zu Gemeindewohnungen und Transferleistungen der Gemeinde wurde schon Vorarbeit geleistet. Guntramsdorf hat in dieser Hinsicht schon einige Schritte in Richtung einer Vorbildfunktion auf Landesebene - beim Zugang zu Gemeindewohnungen und Sozialleistungen – bzw. für den privaten Arbeitsmarkt vorweg genommen.

Trotz aller bisherigen Bemühungen bleibt aber die Lage am Wohnungsmarkt insbesondere für die MigrantInnen in Guntramsdorf sehr schwierig: MigrantInnen müssen derzeit trotz größerer Haushalte mit wesentlich kleineren, schlechter ausgestatteten aber mindestens ebenso teuren Wohnungen das Auslangen finden, und das, obwohl ihnen beträchtlich weniger Einkommen zur Verfügung steht als Einheimischen. Gerade im Wohnbereich sind daher weitere Maßnahmen besonders wichtig.

Defizite werden außerdem in folgenden Bereichen sichtbar: Die überwiegende Mehrheit der Zugewanderten ist in Branchen mit niedriger Bezahlung und/oder geringer Arbeitsplatzsicherheit beschäftigt. Die Einkommen der MigrantInnen sind dem entsprechend niedriger. Im Schulbereich fehlen Angebote, die auf die mehrsprachige und multikulturelle Zusammensetzung der Klassen Bedacht nehmen, Verbesserungsbedarf gibt es auch beim muttersprachlichen Unterricht sowie beim islamischen Religionsunterricht in den Schulen. Trotz einiger Bemühungen u. a. seitens der Gemeinde sind die Kinder der Zugewanderten (noch) nicht ausgewogen auf alle Kindergärten verteilt. Leider verzichten auch manche MigrantInnen auf einen Kindergartenplatz für ihre Kinder (der im Vergleich zu Volksschule und Hauptschule niedrigere Anteil ausländischer Kinder deutet darauf hin) dennoch ist bereits jetzt der Bedarf, Interkulturelle MitarbeiterInnen einzusetzen relativ groß.

Schließlich lässt sich – vor allem seitens der Zugewanderten aus der Türkei – noch eine große Nachfrage nach mehrsprachiger Betreuung/Beratung bzw. Formularen im Gesundheitsbereich, beim Ämtern und Behörden feststellen. Geförderte Deutschkurse würden von türkischen MigrantInnen ganz besonders begrüßt.

* Im Folgenden ist des Öfteren von zwei unterschiedlichen Kategorien die Rede: Einerseits von AusländerInnen, was auf den rechtlichen Status der Personen als nicht-österreichische StaatsbürgerInnen verweist. Andererseits geht es generell um Einheimische und Zugewanderte, wobei mit letzteren Personen gemeint sind, die einen Migrationshintergrund aufweisen – ungeachtet dessen, ob sie bereits österreichische Staatsangehörige sind oder nicht.

** Dabei wurden 431 Frauen und Männer ab 16 Jahren in der Gemeinde Guntramsdorf in persönlichen, muttersprachlichen Interviews befragt: 282 Einheimische und 149 Zugewanderte, von denen wiederum 92 einen türkischen und 57 einen ex-jugoslawischen Migrationshintergrund hatten. Als

Zugewanderte wurden dabei Personen definiert, die selbst oder deren Eltern ab 1965 aus der Türkei/Ex-Jugoslawien migriert sind. Personen, die selbst oder deren Eltern vor 1965 eingewandert sind, werden zu den Einheimischen gezählt

*** Sofern die Ergebnisse für das Jahr 2002 bzw. 1997 angegeben sind, beziehen sie sich auf den 31.7. des genannten Jahres.